

# Aus dem Hauptausschuss

**Dieter Zielinski**

**Vom 16. bis 18. 9. 22 fand in der Sportschule Duisburg-Wedau die diesjährige Herbsttagung des Hauptausschusses der GGG statt:**

Inhaltlicher Schwerpunkt war die Überlegung, wie die GGG ihrem Aufruf zu einer grundlegenden Bildungsreform und den damit verbundenen 10 Impulsen mehr Geltung verschaffen kann. Für eine Auseinandersetzung hatten wir den Augsburger Professor für Schulpädagogik Klaus Zierer eingeladen, der zuletzt mit seiner Veröffentlichung „Ein Jahr zum Vergessen – Wie wir die Bildungskatastrophe nach Corona verhindern“ auch große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren hat<sup>1</sup>. Zur Vertiefung standen uns ferner die ehemalige Leiterin der Schulpreisschule Green in Duisburg, Martina Zilla Seifert, sowie Erhard Schoppengerd von **SCHULE**<sup>3</sup> zur Seite. („Schule hoch drei“ ist ein Bündnis von Schulen an schwierigen Standorten in Nordrhein-Westfalen. Neuland betreten wir, indem wir GGG-Mitgliedern die Möglichkeit gaben, sich technisch dazuschalten und an der Diskussion mit Prof. Dr. Zierer teilzunehmen.

Für uns nicht überraschend waren viele Übereinstimmungen mit Klaus Zierer in Bezug auf die von uns formulierten Erfordernisse einer zukunftsorientierten Schule – allerdings mit unterschiedlicher Bewertung der für uns zentralen Strukturfrage. Die Übereinstimmungen wurden in einer vom Hauptausschuss autorisierten Presseinformation zusammengefasst und können dort nachgelesen werden<sup>2</sup>. Eingeflossen ist auch die eindrucksvolle Beschreibung von Martina Zilla Seifert über die Green-Schule, in der viele der von uns geforderten Veränderungen bereits umgesetzt sind. Mit seiner Beschreibung der Situation der Schulen in schwieriger Lage holte uns Erhard Schoppengerd auf den Boden der Realität zurück. Gerade seine Ausführungen zeigten, dass es nicht ausreicht, wenn an einzelnen Stellen durch engagierten Einsatz Erfolge erzielt werden können. Erforderlich sind grundsätzliche und auch das Schulsystem betreffende strukturelle Veränderungen, um allen Schüler\*innen gleiche Bildungschancen und bestmögliche Schulabschlüsse zu ermöglichen. Uns überrascht immer wieder, wie Wissenschaftler\*innen und auch Politiker\*innen unsere Einschätzung teilen, dann aber nicht bereit sind, in der aktuellen Situation offensiv für dieses Ziel einzutreten.

Mit dem Beschluss des Hauptausschusses, im nächsten Jahr eine politisch orientierte Bundesarbeitstagung durchzuführen, zeigt die GGG, dass ihr Satzungsauftrag, sich für „eine Schule für alle“ einzusetzen, auch nach 50 Jahren zentrale Zielsetzung ihrer Arbeit geblieben ist. Immerhin haben sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag zu einem „Jahrzehnt der Bildungschancen“ verpflichtet. Für uns Anlass genug, bei der Ausgestaltung und Umsetzung unsere Expertise einzubringen. Die Vorbereitung soll unter Federführung der Bundesarbeitsgruppe Politik erfolgen.

Die Länderberichte standen unter den Schwerpunkten „Lehrkräfteversorgung“ und „Abschulungen“. Dabei zeigte sich, dass es kaum ein Bundesland gibt, das sich nicht große Sorgen um eine ausreichende Versorgung mit qualifizierten Lehrkräften machen muss. Die Berichte ergaben, dass die Mangelsituation nicht alle Schulen gleichermaßen trifft. Schulscharfe Stellenausschreibungen führen dazu, dass einzelne Schulen standortbedingt bzw. ganze Regionen besonders benachteiligt sind. Eine Herkulesaufgabe für die Politik, die allerdings nicht ganz unverschuldet ist.

In der Diskussion wurde auch deutlich, dass die GGG als Konsequenz ihrer Ablehnung eines selektiven Schulsystems „Abschulungen“ verurteilt. Die Berichte führten eindringlich vor Augen, welche negativen Konsequenzen damit sowohl für die davon betroffenen Schüler\*innen als auch für die aufnehmenden Schulen verbunden sind. Dass „Abschulungen“ kein Randproblem sind, zeigen die nicht unerheblichen Anzahlen in verschiedenen Bundesländern. Gefordert wurde, dass alle Schulen, unabhängig von der Schulform, die einmal aufgenommenen Schüler\*innen bestmöglich fördern und zu einem Schulabschluss führen sollen. Die Schulen des gemeinsamen Lernens dürfen nicht als Ausputzer eines selektiven Systems in die Pflicht genommen werden. Dies gilt auch in Bundesländern, in denen das Zweisäulenmodell etabliert ist.

Zusätzlich wurden in der Hauptausschusssitzung auch viele verbandsinterne Angelegenheiten erörtert und geklärt.

**Quellen:** .....

<sup>1</sup> Vgl. hierzu „Die Schule für alle“ Heft 2021/4, S. 47 – 49, und Heft 2022/1, S. 57

<sup>2</sup> <https://ggg-web.de/z-ueberregional-diskurs/539/stellungnahmen/ggg-pm/1903>